

WERBUNG

Publiziert 14. Oktober 2025, 06:43

AUCH HÜHNER & CO.

Volksinitiative fordert: Alle Tiere müssen Auslauf haben

Viele Nutztiere sehen das Tageslicht nur am Tag der Schlachtung, kritisieren Tierrechtler. Weil die Politik untätig bleibe, machen sie nun Druck mit der «Auslauf-Initiative». Wie 20 Minuten weiss, beginnt die Unterschriftensammlung in Kürze.



von
Stefan Lanz



Alle Tiere sollen ein Recht auf Auslauf haben, das fordert eine neue Volksinitiative. 20min/Taddeo Cerletti



Darum gehts



- Eine Volksinitiative verlangt Auslauf für alle Nutztiere.
- Die Initianten kritisieren, dass viele Tiere das Tageslicht nie sehen.
- Sie wählen die seltene Form der «allgemeinen Anregung».
- Der Bauernverband nennt die Initiative eine «Zwängerei».

Wer an Landwirtschaft denkt, denkt oft an Kühe auf grünen Wiesen und glückliche Hühner. Dass dieses Bild zumindest teilweise romantisiert ist, erscheint anhand der Mengen, [in welchen Tierprodukte in der Schweiz konsumiert werden](#), einleuchtend.

WERBUNG

Geht es nach den Initianten der «Auslauf-Initiative», ist es aber sogar eine ziemliche Verzerrung. Denn gemäss ihnen sehen nur die allerwenigsten der über 80 Millionen Schweizer Nutztiere je das

Freie: «Sie sehen den Himmel nur einmal: am Tag ihrer Schlachtung. Und das in einem Land, das sich rühmt, besonders tierfreundlich zu sein», sagt Naomi Rey, Mitinitiantin und Co-Geschäftsleiterin bei Sentience Politics.

Das will die Initiative

Neu soll jedes Tier ein garantiertes Recht auf Auslauf haben – egal ob [Kühe, Schweine oder Hühner](#). Letztere machen in der Rechnung der Initianten den Grossteil der jährlich 80 Millionen Nutztiere in der Schweiz aus.



So wie diese Schweine sollen alle Nutztiere ein Recht auf Auslauf haben, fordern die Initianten. 20min/Taddeo Cerletti

«Der Bund stellt sicher, dass alle landwirtschaftlich gehaltenen Tiere regelmässigen Auslauf ins Freie erhalten», ist denn auch die Forderung gemäss vorläufigem Initiativtext. Zusätzlich soll der Bund sicherstellen, dass auch importierte Tiere in ihrem Leben Auslauf hatten und «die Umsetzung sozialverträglich erfolgt».

Der Initiativtext im Wortlaut



Die Initiative ist in der Form einer allgemeinen Anregung gestellt und hat folgenden Wortlaut:

Der Bund stellt sicher, dass alle landwirtschaftlich gehaltenen Tiere regelmässigen Auslauf ins Freie erhalten. Er stellt sicher, dass die Umsetzung sozialverträglich erfolgt und erlässt zusätzlich Vorschriften über den Import von Tieren und Tierprodukten, die dem Grundsatz der Initiative Rechnung tragen.

Für ihr Anliegen haben die Initianten die Form der «allgemeinen Anregung» gewählt, sie verzichten also bewusst auf einen fertig formulierten Verfassungstext (mehr dazu in der Box).

Das ist die Volksinitiative in Form der «allgemeinen Anregung»



Die meisten Volksinitiativen werden als konkreter Artikel für die Bundesverfassung formuliert. Wird dieser an der Urne angenommen, gilt er. Details werden von der Politik in einem Gesetz geregelt.

Das ist der Ablauf bei einer «allgemeinen Anregung»

Die Volksinitiative in Form der «allgemeinen Anregung» funktioniert anders. Hier beschreibt der Initiativtext bloss das Ziel, das mit dem Anliegen erreicht werden soll. Gelingt es, die auch hier notwendigen 100'000 Unterschriften zu sammeln, muss das Parlament einen konkreten Verfassungstext ausarbeiten. Wenn dieser den Initianten passt, kommt er zur Abstimmung.

Wenn es die Politik aber ablehnt, einen Vorschlag auszuarbeiten, kommt schon der ursprüngliche Text der Anregung zur Abstimmung. Gewinnen die Initianten, ist das Parlament nun gezwungen, einen Vorschlag auszuarbeiten – über den wiederum abgestimmt wird.

Darum wählten die Initianten diese Form

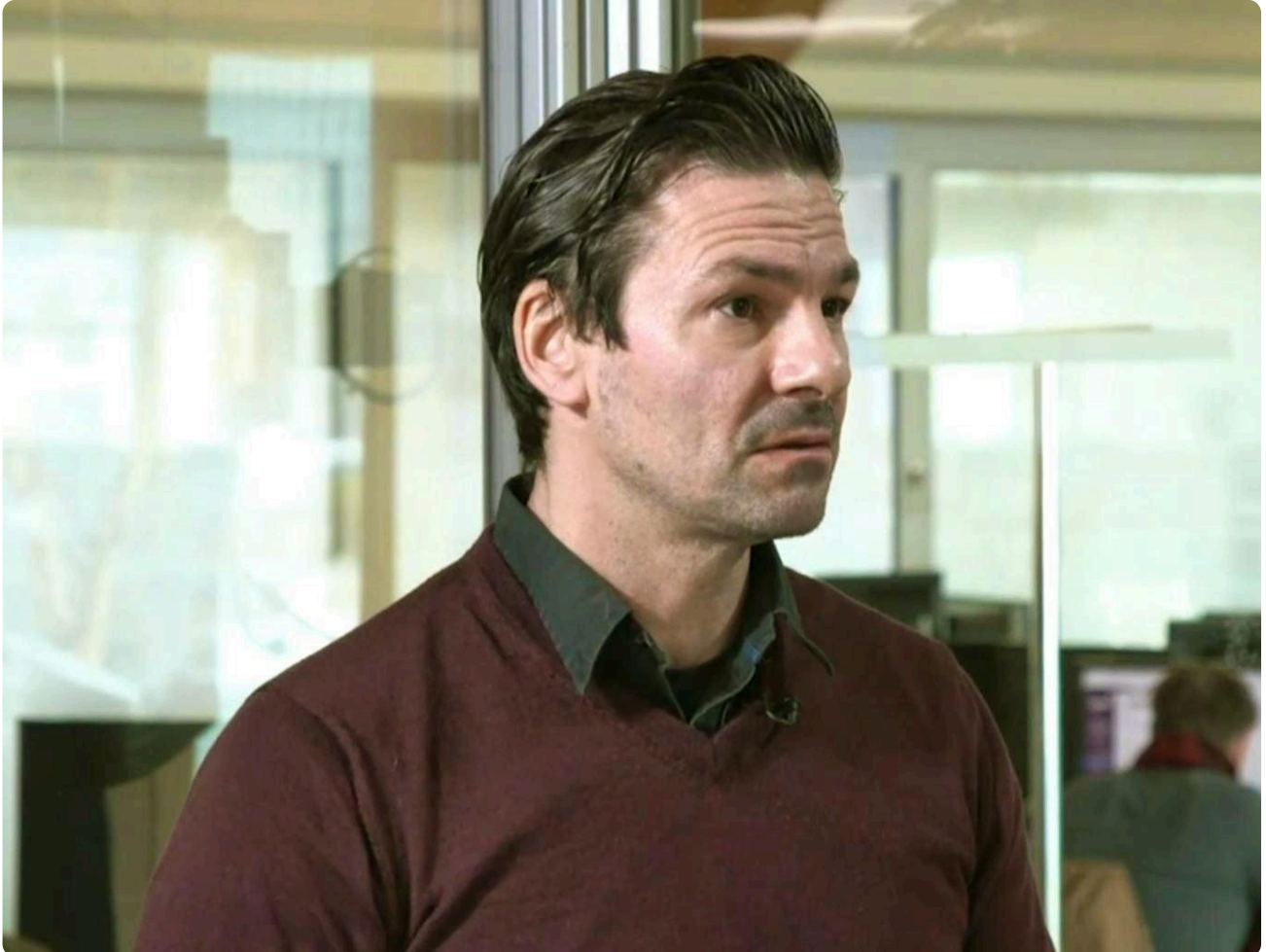
«Wir möchten durch diese Form keinen starren Vorschriftenkatalog, sondern ein klares Ziel <regelmässigen Auslauf ins Freie> formulieren. Das Volk gibt die Richtung vor – die Politik arbeitet einen Vorschlag aus, unter Berücksichtigung der verschiedenen Tiergattungen, geografischen Gegebenheiten oder betrieblichen Realitäten», erklärt Simone Steiner von der Nutztierschutz-Organisation KAG Freiland.



Simone Steiner von KAG Freiland erklärt den Vorteil der allgemeinen Anregung aus Sicht der Initianten so: «Das Volk gibt die Richtung vor – die Politik arbeitet einen Vorschlag aus.» Privat

Darum wird die «allgemeine Anregung» nur selten gewählt

Die «allgemeine Anregung» wird nur sehr selten genutzt, gemäss dem Parlamentswörterbuch wurde seit 1980 keine solche mehr erfolgreich eingereicht. Politologe Thomas Milic erklärt, warum das so ist: «Hauptgrund ist die Kontrolle. Denn diese gibt man bei der allgemeinen Anregung viel mehr an die Politiker ab, als wenn man direkt einen fertig ausformulierten Verfassungstext als Volksinitiative einreicht.» Diese «Abgabe der Gestaltungshoheit» wollten die meisten Komitees nicht, so Milic.



Politologe Thomas Milic sagt: Bei der allgemeinen Anregung gebe das Komitee viel Kontrolle über die Regelungen an die Politik ab. 20 Minuten

Dazu komme der Aufwand, denn meist gibt es bei der allgemeinen Anregung zwei Volksabstimmungen. «Das bedeutet auch, dass ein Komitee zwei Abstimmungskämpfe führen muss, was ein grosser Kraftakt sein kann», sagt er.

Das Komitee besteht derzeit aus den Organisationen KAG-Freiland, der Stiftung für das Tier im Recht und Vier Pfoten. Ins Leben gerufen wurde sie von Sentience Politics, welche unter anderem mit der [Basler Initiative «Grundrechte für Primaten»](#) weit über die Landesgrenzen Bekanntheit erlangt hat. Im kommenden Frühjahr soll die Unterschriftensammlung beginnen. Im Komitee gibt es Überschneidungen zum Komitee der Massentierhaltungsinitiative, [die im September 2022 an der Urne abgelehnt wurde](#).

Bauernverband spricht von «Zwängerei»

Auch die Bauern hätte das Komitee gerne an Bord, es gab sogar schon einen «Austausch» bestätigt der Schweizer Bauernverband. Doch auf fruchtbaren Boden fiel die Idee der Initianten offensichtlich nicht. So sagt der Verband auf Anfrage: «Der SBV ist erstaunt, dass drei Jahre nach der klaren Ablehnung der Massentierhaltungsinitiative durch Volk und Kantone eine neue Initiative lanciert wird.» Und setzt nach: «Das ist eine Zwängerei.»

Soll die Schweiz die Haltung von Nutztieren mit regelmässigem Auslauf gesetzlich vorschreiben?

- ☒ Ja, auf jeden Fall! Das ist ein Muss für das Tierwohl. 58%
- ☐ Ja, aber mit flexiblen Lösungen für die Bauern. 14%
- ☐ Nein, das sollte freiwillig bleiben und nicht gesetzlich erzwungen werden. 14%
- ☐ Nein, die Bauern wissen am besten, was gut für ihre Tiere ist. 12%
- ☐ Ich bin unentschlossen, das Thema ist komplex. 2%

≡ 4831 Abstimmungen

Die Mittel der Initianten wären besser in die Sensibilisierung für Labels und Kennzeichnungen investiert «als in eine Initiative, die erneut zu einer Spaltung der verschiedenen Positionen führen könnte», finden die Landwirte weiter.

WERBUNG

Sie betonen, dass es bereits [freiwillige Programme wie «RAUS»](#) des Bundes gebe, welche Bauern für den Auslauf und gute Tierhaltung belohne. Gleichzeitig produziere die Schweizer

Landwirtschaft schon jetzt weit mehr Fleisch unter Tier- oder Naturschutzlabels als der Markt nachfrage. «Wir bedauern diese Situation, die jedoch durch einen verantwortungsbewussteren Konsum korrigiert werden kann», so der Bauernverband.

Folgst du schon 20 Minuten auf Whatsapp?



Eine Newsübersicht am Morgen und zum Feierabend, überraschende Storys und Breaking News: Abonniere den Whatsapp-Kanal von 20 Minuten und du bekommst regelmässige Updates mit unseren besten Storys direkt auf dein Handy.

Jetzt 20 Minuten abonnieren



von
Stefan Lanz

Stefan Lanz arbeitet seit 2021 für 20 Minuten. Er ist Bundeshausjournalist mit langjähriger Erfahrung.

Deine Meinung zählt

Das Thema bewegt mich.

Ich fühle mich gut informiert.

Der Artikel ist fair und ausgewogen.



240 Kommentare

Diskutiere mit

Du willst diesen Artikel kommentieren? Cool! Bitte registriere dich dafür. Kommentiere sachlich, respektvoll und halte dich an unsere [Netiquette](#). Den Hass lässt du sonst wo. Wir freuen uns.

Login

Registrieren



PulverToastMann vor 2 Stunden

